



Pet 1-19-09-72-030434

24105 Kiel

Preisrecht

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 17.09.2020 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, dass die Hersteller der Hygieneartikel für Frauen (Binden und Tampons) die bereits eingeführte Mehrwertsteuersenkung nicht für die Erhöhung des Nettopreises nutzen dürfen.

Zur Begründung des Anliegens wird im Wesentlichen ausgeführt, dass die bereits eingeführte Senkung der Mehrwertsteuer für Artikel der Monatshygiene die finanzielle Entlastung des weiblichen Teils der Bevölkerung bewirken solle. Durch die gleichzeitige Erhöhung des Nettopreises würden jedoch lediglich die Gewinne der Hersteller positiv beeinflusst.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die eingereichten Unterlagen verwiesen.

Zu der auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlichten Eingabe liegen 206 Mitzeichnungen und zehn Diskussionsbeiträge vor. Es wird um Verständnis gebeten, dass nicht auf alle der vorgetragenen Aspekte im Einzelnen eingegangen werden kann.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Ansicht zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Der Petitionsausschuss stellt zunächst fest, dass mit dem Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität (BGBl. 2019 I Nr. 48 vom



17. Dezember 2019, S. 2451) in Artikel 9 Nr. 19 Anlage 2 auf Erzeugnisse für Zwecke der Monatshygiene der ermäßigte Umsatzsteuersatz eingeführt wurde. Das Inkrafttreten erfolgte zum 1. Januar 2020. Seitdem fällt beim Verkauf der Erzeugnisse 7 Prozent Umsatzsteuer an. Die Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie lässt die Anwendung des ermäßigten Steuersatzes auf Erzeugnisse für Zwecke der Monatshygiene nach einer entsprechenden Anpassung zu. Mit der Änderung wird diese unionsrechtliche Option in nationales Recht umgesetzt.

Der Ausschuss hebt jedoch hervor, dass Vorgaben an die Preispolitik der Hersteller damit nicht verbunden werden können, da in Steuergesetzen nur steuerrechtliche Vorschriften enthalten sind.

Ferner macht der Ausschuss darauf aufmerksam, dass auch keine preisrechtlichen Möglichkeiten existieren, die es dem Gesetzgeber erlauben, in die Preispolitik/-kalkulation der Herstellerunternehmen einzugreifen.

Der Petitionsausschuss hat zwar grundsätzlich großes Verständnis für das Anliegen der Petentin. Aus den oben dargelegten Gründen vermag er die mit der Petition vorgetragene Forderung jedoch leider nicht zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Petitionsausschuss im Ergebnis, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.